



Barbara Kuchler

KRIEGE

Eine Gesellschaftstheorie gewaltsamer Konflikte

campus

Kriege

Barbara Kuchler, Dipl.-Soz., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld.

Barbara Kuchler

Kriege

Eine Gesellschaftstheorie gewaltsamer Konflikte

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Zugl.: Dissertation an der Universität Bielefeld

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39978-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2013 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Militaryball, © Irene Stader

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Der Ort von Krieg in der Gesellschaft	29
2.1. Jeder Mann ein Krieger – Stammesgesellschaften	35
2.2. Kriegführung als Privileg der Oberschicht – Stratifizierte Gesellschaften	41
2.3. Universelle Inklusion in Soldatenrolle und moderner Rollenpluralismus	59
2.4. Militär und zivile Politik	84
2.5. Politische und ökonomische Logik von Krieg	124
2.6. Die Segmentierung des weltpolitischen Systems und die Unmöglichkeit von Imperien	145
3. Krieg und der »Rest« der Gesellschaft	168
3.1. Der Umgang mit dem integrierten »Rest« – Stammesgesellschaften	176
3.2. Die Unterschicht als bloße Umwelt – Stratifizierte Gesellschaften	182
3.3. Systematische Instrumentalisierung anderer Teilsysteme und ihre Grenzen	189
3.4. Systematische Viktimisierung anderer Teilsysteme und die Figur des Zivilisten	245

4. Die zeitliche Ordnung von Krieg	279
4.1. Gegenwartsbetonte Zeit und zeitliche Einbettung von Krieg – Stammesgesellschaften	284
4.2. Lineare Zeit und Bindungswirkung von Kriegen – Stratifizierte Gesellschaften	293
4.3. Zeitliche Konzentration von Krieg und Gegentrend der »low-intensity wars«	304
4.4. Kriegsbeginn als Komprimierung von Zeithorizonten	327
4.5. Kriegsende als Entscheidungsproblem	335
5. Schluss: Krieg und Gesellschaftsgrenzen	361
Literatur	378

1. Einleitung

Das 20. Jahrhundert ist als das gewalttätigste und kriegerischste Jahrhundert überhaupt bezeichnet worden (so William Golding, zit. in Kruse 2009: 198), und wie das 21. Jahrhundert in dieser Hinsicht abschneiden wird, ist noch nicht abzusehen. In Aussagen wie diese ist eine normative Wertung so tief eingelassen, dass sie uns normalerweise gar nicht auffällt – unausgesprochen mitgeführt wird eine Negativbeurteilung von Kriegen, die Klage über das dadurch verursachte Leid zahlloser Menschen und die Hoffnung, es in Zukunft reduzieren zu können. Dem Soziologen muss, anders als dem Alltagsbeobachter, eine solche latent mitgeführte Wertung auffallen, denn er hat die Aufgabe, hinter die gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten zu schauen und sie zu »erklären« oder jedenfalls auf dahinterliegende Strukturgesetzmäßigkeiten durchsichtig zu machen. Bei einem zweiten Blick wird man denn auch relativ schnell bemerken, dass die uns so geläufige Einschätzung von Krieg als etwas Schrecklichem historisch ziemlich jung ist und Kriegführung über den größten Teil der Geschichte vielmehr als ehrenvolles und nützliches Tätigkeitsfeld galt. Autoren, die sich mit Krieg befassen, stellen nahezu die ganze Geschichte hindurch vorzugsweise die Frage, wie man Kriege gewinnen kann, und nicht – wie heute verbreitet – wie man sie vermeiden, verkürzen oder gar abschaffen kann (Deutsch 1957: 200; Wright 1968: 463).

Warum ist die Wertung, dass Krieg etwas Schlechtes sei, in der heutigen Gesellschaft so alternativlos? Und alternativlos ist sie – Abweichungen von der Regel, dass »wir alle Pazifisten sind« (Hall 1985: 140f.), gibt es nur in zwei Formen, die beide die Regel bestätigen. Entweder man propagiert Kriege in instrumenteller Einstellung als kleineres Übel gegenüber dem, was sonst geschehen würde (faschistische Eroberungszüge oder ungehemmte Entfaltung brutaler Regimes), mithin als Mittel zu einem für wichtig gehaltenen Zweck, nicht aber als Sache selbst. Oder man schätzt Krieg in egoistisch-partikularistischer Einstellung, wenn man – etwa als »Kriegsherr« – Profite davon zu erwarten hat, was dann aber eben ein extrem partikularer Standpunkt ist,

der von praktisch allen Beobachtern verurteilt und für unmoralisch oder kriminell gehalten wird.

Aus ausreichend großer Distanz lässt sich diese gesellschaftsweit etablierte Wertung auf die funktionale Differenzierung der Gesellschaft zurückführen, also auf diejenige, insbesondere von Niklas Luhmann beschriebene Strukturform der modernen Gesellschaft, die diese in ein Nebeneinander von etwa einem Dutzend Teilsystemen zerfallen lässt – Politik, Wirtschaft, Recht, Bildung, Wissenschaft usw. –, die sich für die Beteiligung (Inklusion) prinzipiell aller Menschen offenhalten. Inklusion bedeutet zum einen, dass neue Formen für die Teilnahme von Menschen an Kriegen entstehen: die allgemeine Wehrpflicht, aber auch die Möglichkeit der Selbstrekrutierung für Guerillakriege, die Möglichkeit der Mobilisierung im Rahmen einer »Heimatfront« und die Möglichkeit der planvollen Viktimisierung (Tötung, Vertreibung, Vergewaltigung usw.) einer politisch unliebsamen Bevölkerung. Kriege erwerben damit ein Potenzial für ausufernde Betroffenheiten und Destruktionswirkungen – was aber allein noch keine hinreichende Ursache für die sich durchsetzende Negativwertung von Krieg sein kann, da es extrem grausame und verlustreiche Kriege, wie jeder Historiker bestätigen wird, die ganze Geschichte hindurch gab. Darüber hinaus hat der Inklusionstrend der modernen Gesellschaft aber zur Folge, dass der Beobachterstandpunkt für gesamtgesellschaftlich vertretbare Wertungen sich zunehmend auf die Position der Inklusionsrolle verschiebt: die Politik arbeitet gut, wenn sie die Bürger zufriedenstellt, die Schulen arbeiten gut, wenn die Schüler viel lernen, die Wirtschaft arbeitet gut, wenn allgemeine Wohlstandszuwächse zu verzeichnen sind, usw. Auch Kriege werden – und das ist das historisch Neue – zunehmend aus der Perspektive der Zivilisten, der unschuldig leidenden Opfer oder indirekt Betroffenen beurteilt (statt aus der Perspektive der Kriegführenden oder Kriegsverantwortlichen); und unter dieser Prämisse ist die Negativwertung von Kriegen in der Tat unausweichlich.

Dieser Wertung soll mit dem vorliegenden Buch natürlich keineswegs widersprochen werden; es kann nicht darum gehen, jetzt wieder die positiven Seiten von Krieg – worin immer diese gesehen werden mögen – herauszustellen. Es ist auch klarzustellen, dass die Autorin als Mensch diese Wertung ebenfalls teilt, ebenfalls Krieg schlecht und Frieden gut findet (zur Prämisse »that peace is good and war is bad« Beer 1981: xxii; vgl. auch Malinowski 1941: 22; Bock 1955: 109; Mead 1968; Gantzel 1972: 31). Wissenschaftlich genügt es aber nicht, solche Wertstandpunkte einzunehmen, sondern wissenschaftlich muss man sich zunächst möglichst weit von seinem Gegen-

stand distanzieren, um ihn dann mit desto größerem Erkenntnisgewinn durchleuchten zu können (so auch Helbling 2006).¹ Das ist die Absicht dieses Buches: das Phänomen Krieg auf der Grundlage einer leistungsfähigen soziologischen Theorie – der Systemtheorie und speziell der Theorie funktionaler Differenzierung – zu analysieren und damit das Feld der Kriegssoziologie um eine theoretisch durchgearbeitete Beschreibung zu bereichern. Der eben skizzierte Zusammenhang zwischen moderner Inklusionstendenz und prinzipieller Negativwertung von Kriegen ist nur ein Beispiel für diesen Typ von Analyse, das hoffentlich Appetit auf mehr macht. Schließlich ist, so Klaus Schlichte (2006a: 124), »eine Theorie des Krieges ohne eine Theorie der Gesellschaft nicht zu haben«.

Krieg als Thema soziologischer Theorie

Ob die Kriegssoziologie überhaupt schon als eine etablierte Bindestrich-Soziologie angesprochen werden kann, ist fraglich, und insbesondere dezidiert theoretisch ansetzende Texte sind Mangelware. Im deutschsprachigen Bereich finden sich einige wenige, verstreute Ansätze aus verschiedenen Theorierichtungen, im englischsprachigen Bereich ein durchaus kohärentes, aber stärker historisch als theoretisch ausgerichtetes Forschungsfeld. Dierk Spreen (2008) formuliert hohe theoretische Ansprüche, indem er nach der »Konstitutionsfunktion des Krieges für moderne Gesellschaften« fragt; er scheitert aber letztlich an diesem Anspruchsniveau, und sein Buch fällt in ein ziem-

¹ Das hier mitgeführte Werturteil hat etwa zu einer hartnäckigen Prominenz von Kriegsursachenforschung geführt, obwohl die Frage nach Ursachen wissenschaftlich eher unfruchtbar ist und die Analyse leicht in die Unendlichkeit von Ursachen ausfransen lässt, wie bereits Pitirim Sorokin (1938: 475) scharf diagnostiziert: »The existing literature on war causation reveals the almost hopelessly muddled condition of our knowledge in this field [...]. The causal factors evoked include: [...] instincts of pugnacity, of war, of fighting, of herd, and of aggressiveness; overpopulation, underpopulation, high and low birth and mortality rates; universal law of struggle for existence, and other biological factors; fear, fight for freedom, relaxation from inhibitions imposed by civilization, sadism, lust for power, ostentation, vanity, and dozens of other psychological forces; a long list of economic, political, dynastic, religious, aesthetic, educational, and other social factors; [...] and finally, various »wicked,« great- and small-men and groups.« (Vgl. auch Luard 1987: 84, und speziell mit Blick auf Terrorismus Japp 2006) Nach etlichen Jahrzehnten Kriegsursachenforschung wird das Ergebnis von Beobachtern denn auch immer noch als »frustrierend« zusammengefasst (Dessler 1991: 338).

lich unverbundenes Nebeneinander von sehr fundamentalen theoretischen Postulaten einerseits und sehr konkreten, historisch-diskursanalytischen Studien andererseits auseinander. In einer ausgearbeiteten Gesellschaftstheorie basiert ist (oder war) die Hamburger »Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung« (AKUF), die unter dem Kopf Klaus-Jürgen Gantzel jedenfalls zeitweise (post)marxistisch und kapitalismuskritisch arbeitete (etwa Siegelberg 1994), aber inzwischen weniger durch theoretisch schwergewichtige Beiträge als durch umfangreiche empirische Arbeit zum aktuellen Kriegsgeschehen rund um den Globus auffällt.² Volker Kruse (2009) kombiniert einen Bezug auf Spencer mit Luhmann und der Theorie funktionaler Differenzierung und kommt damit dem hier verfolgten Ansatz am nächsten, insbesondere was die Beschreibung totaler Kriege angeht. Die Kontaktpunkte zwischen Kriegssoziologie und allgemeiner soziologischer Theoriebildung zu vermehren, ist angesichts dieser Lage ein absolutes Desiderat.

Die grundsätzliche Prämisse, von der die folgenden Überlegungen ausgehen, ist, dass die Art der Kriegführung von der Art der Gesellschaft abhängt. Es werden also Kriegsformen mit Gesellschaftsstrukturen korreliert. Diese Frage ist natürlich nicht neu, aber sie wird meistens mit stärker eingeschränktem Analysefokus in Angriff genommen, nicht mit einer allgemeinen Gesellschaftstheorie im Hintergrund.³ Insbesondere die angelsächsische Kriegssoziologie hat hier wichtige Einsichten erarbeitet, indem sie Kriegführungspraxis und die Form des modernen (National-)Staates in Zusammenhang bringt – bei Michael Mann, John Hall, Charles Tilly und Anthony Giddens mit Blick auf die Entstehungszeit der modernen Staaten, bei Martin Shaw dann mit Blick auf totale Kriege und wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen des 20. Jahrhundert. Postuliert wird dabei ein wechselseitiger Konstitutionszusammenhang zwischen Krieg und Staat: »war made the state, and the state made war« (Tilly 1975: 42). Die aufgezeigten Zusammenhänge beziehen sich etwa auf die Etablierung des Staates als Gewaltmonopolist, auf die administrative Kontrolle von Bevölkerung und Territorium, auf die Bedeutung einer ausdifferenzierten Geldwirtschaft und belastbaren

2 Ein ehemaliger AKUF-Autor wendet sich später in Richtung Weber und Elias (Schlichte 2009), ohne aber aus dieser Theorieanbindung für die Beschreibung der betrachteten Phänomene allzu viel herauszuholen.

3 Diese Formulierung ist auf Forschungen innerhalb der *Kriegssoziologie* gemünzt. Die vielversprechend »war and society« genannte Richtung der *historischen* Kriegsforschung interessiert sich ebenfalls für breitere gesellschaftliche Auswirkungen und Rahmenbedingungen von Kriegen, bietet aber noch weniger allgemein-theoretische Anknüpfungspunkte.

Finanzbasis, und im Zusammenhang damit auch auf die Symbiose mit und später Ablösung von bestimmten Klassen wie dem Bürgertum. Auch Malešević (2010) arbeitet Merkmale moderner Kriege wie die Organisierung, Bürokratisierung und Ideologisierung von Gewalt heraus, die mit allgemeinen Merkmalen des modernen Staates – bürokratische Verwaltung und Trend zu massenhafter politischer Partizipation – in Zusammenhang stehen.

Die vorliegende Studie setzt grundsätzlich ähnlich an und fragt nach Entsprechungen zwischen modernen Kriegsformen und breiteren Gesellschaftsstrukturen; sie abstrahiert aber einen Schritt weiter und setzt auf der anderen Seite der Gleichung nicht solche schon relativ nah am Phänomen Krieg liegenden Strukturen wie Staat und Bürokratie ein, sondern eine allgemeine Theorie gesellschaftlicher Differenzierung. Der Vorteil ist, dass sich dadurch der Sichtkreis erweitert, Abstraktions- und Generalisierungsgewinne realisiert werden und Phänomene in einen breiteren Zusammenhang von Strukturen und Vergleichsmöglichkeiten eingeordnet werden können. Im Gegenzug engt sich die untersuchte Abhängigkeitsrelation tendenziell auf eine einseitige Relation ein: Es interessiert jetzt hauptsächlich die Frage, wie Krieg durch die zugrunde liegenden Gesellschaftsstrukturen geformt wird, und nicht mehr die Frage, wie die Gesellschaft durch die in ihr geführten Kriege geformt wird. Denn funktionale Differenzierung ist eine so basale und weittragende Strukturentscheidung, dass sie eigentlich nur als unabhängige Variable gedacht werden kann und es wenig plausibel ist davon auszugehen, dass sie durch die vorherrschende Kriegführungspraxis oder bestimmte kriegerische Ereignisse bedingt ist – so wenig wie durch irgendwelche anderen Einzelfaktoren, wenn auch natürlich durch das Zusammenwirken unzähliger Einzelfaktoren zu ermöglichenden Gesamtbedingungen.⁴

4 Die beiden Analyserichtungen – Krieg als abhängig von der Gesellschaft und Gesellschaft als abhängig von Krieg – entsprechen den beiden grundsätzlich möglichen Ansatzpunkten einer Konflikttheorie. Man kann Konflikte entweder als strukturell veranlasst und damit immer schon in gewisser Weise »gehegt«, strukturell eingefügt und eingefangen denken, oder man kann sie sich als eigendynamisches, autopoietisches Geschehen vorstellen, das tendenziell seine Umwelt parasitiert und kolonisiert (André Kieserling, mündliche Kommunikation). Ich konzentriere mich auf die erste Richtung, obwohl im dritten Kapitel auch gezielt die Frage nach einem Übergreifen von Krieg auf den »Rest« der Gesellschaft gestellt wird – aber wiederum mit der Annahme, dass die grundsätzliche Differenzierungsform der Gesellschaft dadurch nicht verändert wird. Absolut plausibel ist aber, dass die Kopplungen und wechselseitigen Leistungsbeziehungen zwischen Funktionssystemen durch die totalen Kriege des 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeformt wurden, indem etwa das Niveau akzeptabler Eingriffe der Politik in die Wirtschaft und Wohlstandsverteilung hochgefahren wurde (so die Analyse von Shaw und anderen, vgl. unten Kapitel 3.3. Punkt a).

Man kann dann zwar immer noch feststellen, dass an manchen Punkten die der funktional differenzierten Gesellschaft entsprechenden Strukturen – etwa: Vollinklusion ins politische System – historisch auf dem Weg von Kriegen durchgesetzt wurden, indem etwa die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in etlichen Staaten durch die allgemeine Wehrpflicht vorbereitet und unabweisbar gemacht wurde. Kriege können mithin als »Geburtshelfer« von typisch modernen Merkmalen auftreten, aber diese Merkmale werden als an sich schon angelegt und durch die Form der gesellschaftlichen Differenzierung definiert gedacht, so dass sie auch ohne die Mithilfe von Kriegen irgendwann zur Geltung kommen würden.

Kurz und kompakt lässt sich das Erkenntnisinteresse der folgenden Analysen in der Frage zusammenfassen, was einen modernen Krieg ausmacht, d.h. einen Krieg, der zur modernen Gesellschaft passt – analog etwa zu der an die Familiensoziologie adressierbaren Frage, was eine moderne Familie ausmacht. Auf die zuletzt genannte Frage lassen sich ja durchaus gehaltvolle und in allgemeine gesellschaftstheoretische Einsichten eingebettete Antworten geben. So kann man etwa sagen: Die moderne Familie entsteht als Raum für Intimkommunikation zusammen mit der Unterscheidung privat/öffentlich und der damit verbundenen größeren strukturellen Differenzierung der Gesellschaft. Im Zuge dieser Umstellung wird die Familie zunehmend exklusiv auf Intim- und Reproduktionsfunktionen zugeschnitten und verliert ihre alten ökonomischen und politischen Funktionen sowie teils auch Erziehungsfunktionen, die jetzt ihrerseits von ausdifferenzierten und spezialisierten institutionellen Komplexen übernommen werden. In jüngerer Zeit ist schließlich eine Pluralisierung und Individualisierung von Familienformen mit wachsenden Freiheiten der Rollenwahl und Rollenkombination zu beobachten, die auf die vermehrten Inklusionsmöglichkeiten der modernen Gesellschaft zurückgehen und die dafür typischen Entscheidungschancen und -probleme eröffnen. Man kann die Form der Familie mithin in Zusammenhang bringen mit allgemeinen Theoremen der Gesellschaftstheorie wie zunehmende Differenzierung, funktionale Spezifikation, Mehrfachinklusion von Personen und Entscheidungsabhängigkeit eines immer größeren Spektrums von Fragen.

Für die Frage nach modernen Kriegen sind Antworten in diesem Stil nicht gleichermaßen offensichtlich. Im Folgenden wird versucht, einige Erkenntnisse in dieser Richtung zusammenzutragen. Funktionale Differenzierung hat hier etwa zur Folge, dass Kriege – mit der Ausnahme der »Neuen Kriege« – mehr oder weniger exklusiv dem politischen System und der

politischen Logik zugeordnet werden und die althergebrachte Kopplung an ökonomische Funktionen verlieren. Kriege sind jetzt nicht mehr profitabel, sondern teuer, auch wenn sie siegreich beendet werden; und Profitchancen gibt es höchstens noch für kleine, partikulare und deshalb stets kritikanfällige Gruppen. Der Inklusionstrend ist bereits erwähnt worden; er bedeutet aber nicht nur, dass neue Rollen für die Teilnahme an Kriegen entstehen, sondern auch, dass die solchermaßen in Krieg inkludierten Personen immer auch andere, kriegsferne Rollenengagements haben. Diese plurale Inklusion ist der Grund dafür, dass Soldaten nur noch widerwillig dem Risiko des Todes ausgesetzt werden und Zivilisten durch elaborierte Rechtsregeln unter Schutz gestellt werden und ihre Viktimisierung öffentlich skandalisiert wird. Schließlich sind auch typisch moderne Entscheidungsprobleme zu beobachten, hier vor allem bei der Beendigung von Kriegen, die die Absicherung in »natürlich« vorgegebenen, als selbstverständlich erlebten Abläufen verliert und in die Verfügungsgewalt von Akteuren und ihren kontingenten Entscheidungskalkülen gestellt wird.

Die Antwort auf die Frage nach Merkmalen »des« modernen Krieges kann naturgemäß nur mit einem kontrastierenden Blick auf andere, nicht-moderne Kriegsformen gegeben werden, was kurze Skizzen zu Stammesgesellschaften ebenso wie Schichtungsgesellschaften nötig macht. Bei all dem ist natürlich klar, dass es »den« modernen Krieg nicht geben kann und dies allenfalls ein extrem breit gebildeter Idealtyp sein kann. Es werden denn auch einige Untertypen wie totale vs. begrenzte Kriege, »klassische« vs. »Neue« Kriege, zwischenstaatliche Kriege vs. Bürgerkriege verwendet, ohne dass dadurch aber die grundsätzliche Frage, welche Art von Krieg zur funktional differenzierten Gesellschaft passt, aus dem Auge verloren würde.

Zugrunde liegt dabei wie gesagt die Systemtheorie von Niklas Luhmann, und speziell die Theorie gesellschaftlicher Differenzierung. Diese Theoriewahl ist insofern naheliegend und erfolgversprechend, als es sich um eine der einflussreichsten und am besten ausgearbeiteten Theorien der gegenwärtigen Soziologie handelt. Sie ist aber insofern problematisch und schwierig, als diese Theorie bisher nicht durch reichhaltige Beiträge zu den Themenfeldern Krieg, Gewalt und internationale Politik aufgefallen ist, sondern eher durch das fast vollständige Fehlen dieser. Luhmann selbst schreibt dazu so gut wie gar nichts, seine Schriften zur politischen Soziologie beschäftigen sich praktisch ausschließlich mit innerstaatlichen Verhältnissen. Andere Systemtheoretiker haben zu den Themen Gewalt (Baecker 1996), Völkermord (Dammann 2001; 2003), Terrorismus (Japp 2003; 2006) und Militär (Trem

1995; Schubert 2001) gearbeitet oder sich um die Definition des Verhältnisses zwischen Systemtheorie und politikwissenschaftlichen Theorien Internationaler Beziehungen bemüht (Albert 1999; Albert/Hilkermeier 2004; Albert/Cederman/Wendt 2010; Buzan/Albert 2010), ohne dass sich dies bereits zu einer überzeugenden Soziologie des Krieges summieren würde.⁵ Etwas Mut ist insofern erforderlich – hier weniger Mut zur Lücke als Mut, in die Lücke zu springen und zu sehen, was man von dieser Theorie aus zum Problem von Kriegen sagen kann.

Dies geschieht in drei Schritten beziehungsweise in drei längeren Kapiteln, die in sich weitgehend geschlossen sind und auch unabhängig voneinander gelesen werden können. Das folgende zweite Kapitel, »Der Ort von Krieg in der Gesellschaft«, geht aus von der basalen Frage nach Differenzierungsformen, inklusive ihrer Verschachtelung auf sekundären, nachgeschalteten Differenzierungsebenen. Grundsätzlich kann man die Formen der segmentären, der stratifikatorischen und der funktionalen Differenzierung unterscheiden; gestützt auf diese Schematik kann man dann fragen, welches Subsystem und ggf. Subsystem in einer Gesellschaft für Kriegführung zuständig ist. Für die moderne Gesellschaft wird man hier, bei Primat funktionaler Differenzierung, zunächst ein funktional spezifiziertes Subsystem (Politik) identifizieren, und darin dann einerseits Segmente (Staaten) und andererseits ein wiederum funktional spezifiziertes Subsystem, nämlich das Militär im Unterschied zur zivilen Politik. Es lassen sich dann Fragen auf beiden Analyseebenen – der primären Differenzierung der Gesellschaft und der Binnendifferenzierung des Politiksystems – stellen. Auf die primäre Ebene gehören dazu etwa die bereits erwähnten Fragen nach der funktionalen Spezifikation von Krieg und dem Verhältnis von politischer und ökonomischer Logik von Krieg, ebenso die Frage nach der Umstellung auf inklusive Teilnahme an Kriegen und Folgen der Mehrfachinklusion von Personen. Auf der sekundären Ebene kann das Verhältnis von Militär und ziviler Politik – das Thema der Forschungen zu »zivil-militärischen Beziehungen« – näher geklärt werden, und ebenso die Frage, wie sich die segmentäre Binnendifferenzierung des (welt)politischen Systems in Staaten zur Möglichkeit der Bildung von »Imperien« und deren (friedlichen und gewaltsamen) Einwirkungsmöglichkeiten auf die globale Politik verhält.

⁵ Matuszek (2007) nimmt dieses Projekt in Angriff und arbeitet pointiert mit systemtheoretischen Begriffen, insbesondere dem Autopoiesisbegriff, driftet aber schnell in eher philosophische Fragestellungen und die Zone soziologischer Unleserlichkeit ab.

Im dritten Kapitel, »Krieg und der ›Rest‹ der Gesellschaft«, geht es dann gewissermaßen um die andere Seite der Medaille – nämlich um diejenigen Teile oder Teilsysteme der Gesellschaft, die mit (aktiver) Kriegführung zunächst nichts zu tun haben, aber passiv von Kriegen betroffen sein können, entweder als Erbringer von Zulieferleistungen für den Krieg (Instrumentalisierung) oder aber als Opfer kriegerischer Zerstörung (Viktimisierung). Die moderne Gesellschaft bringt hier infolge ihrer Differenzierungsform eine doppelte, in sich widersprüchliche Entwicklung hervor: Sie steigert nämlich auf der einen Seite die Möglichkeiten und Anreize zu einer Einbeziehung anderer Teilsysteme in Krieg, im Modus der Instrumentalisierung ebenso wie der Viktimisierung, steigert mithin die Möglichkeiten eines Ausgreifens von Kriegen auf den nicht unmittelbar kriegführenden »Rest« der Gesellschaft. Auf der anderen Seite vermehrt das Prinzip der Differenzierung in vielfältige autonome Teilsysteme aber auch den Widerstand gegen solche Übergriffe kriegerischer Konflikte auf eigentlich unbeteiligte Bereiche der Gesellschaft, die über eine je eigene Autonomie und Funktionslogik verfügen, sich überschießenden Instrumentalisierungen entgegenstellen können und vor allzu rücksichtslosen Viktimisierungen durch elaborierte rechtliche Vorschriften geschützt werden sollen (wenn schon nicht immer: faktisch geschützt werden). Hier kann auch eine gesellschaftstheoretische Interpretation der Genfer Konvention für den Schutz von Zivilisten angeschlossen werden, die den Begriff »Zivilist« als Codewort für in anderen, nicht direkt mit Krieg befassten Funktionssystemen tätige und deshalb schützenswerte Rollenträger entschlüsselt.

Das vierte Kapitel, »Die zeitliche Ordnung von Krieg«, ist das experimentellste. Kriege sind immer schon Zeitereignisse, nämlich zeitlich begrenzte, vorübergehende Episoden. Ausgehend von dieser Überlegung kann man fragen, wie Kriege in der Zeit verteilt sind und wie umgekehrt im Krieg mit Zeit (Zeitdruck, Trend zur zeitlichen Verdichtung) umgegangen wird. Die moderne Gesellschaft zeichnet sich hier zunächst durch einen Trend in Richtung auf höhere zeitliche Dichte von Kriegen und stärkere Konzentration von Krieg in der Zeit auf bestimmte, zunehmend ausnahmeartige Zeitabschnitte aus – jedenfalls bis zu dem 1945 einsetzenden Gegentrend, der dann wieder zeitlich diffuse »low-intensity wars« prominent macht. Weiter haben Kriege immer einen Anfang und ein Ende, und im Überschreiten dieser Schwellen liegt ein weiteres basales Zeitproblem von Kriegen. In der modernen Gesellschaft können sich Kriegsanfänge und -enden nicht mehr auf fixe Zeitrhythmen oder auf quasi-natürliche, äußerlich ablesbare Indizien für

ein »Genug« (für Sieg und Niederlage) stützen, und sie werden deshalb zu dramatischen und schwer lösbaren Entscheidungsproblemen.

Das Buch hat seine Stärken in der konsequenten Theorieanbindung und dem umfassenden, an Makrostrukturen ansetzenden Zugriff. Die komplementären Schwächen sind ein Mangel an (Mikro-)Interesse am unmittelbaren Kriegs- und Konfliktgeschehen sowie ein Mangel an historischer Konkretion und Präzision. Ein hohes Maß an Vereinfachung, Schematisierung und Idealtypisierung ist bei diesem Themenzuschnitt unumgänglich. So ist etwa klar, dass man mit der verwendeten Unterscheidung von nur drei Gesellschaftstypen – segmentär differenzierten Gesellschaften (Stammesgesellschaften), stratifikatorisch differenzierten Gesellschaften (Adelsgesellschaften und vormoderne Reiche) und funktional differenzierter Gesellschaft – der Vielfalt der historischen Realität nicht gerecht werden kann. Insbesondere die vormodernen Gesellschaftstypen werden extrem holzschnittartig beschrieben und als reine Kontrastfolie zur schärferen Reliefsetzung der modernen Gesellschaft benutzt (zu dieser Analysetechnik Tyrell 2001).⁶ Aber auch bei den Aussagen über moderne Kriege herrschen stark generalisierende, nicht auf Einzelkriege heruntergebrochene Formulierungen vor, es werden kaum je – oder nur ganz kurz und mit exemplarischem Status – die Namen einzelner Kriege oder Kriegsakteure genannt. Dieser Stil der Analyse ist in der Kriegssoziologie noch sehr unüblich, und normalerweise wird sehr viel näher an historischen Fakten gearbeitet (etwa bei Shaw und Kruse, als zwei Autoren mit ebenfalls hohem gesellschaftstheoretischem Anspruch). Ich orientiere mich in diesem Punkt an Luhmann, der als Regel für die soziologische Analyse formuliert, keine Eigennamen zu verwenden, und der über viele Themenfelder hinweg erfolgreich mit einer sehr kurzen Liste von Gesellschaftstypen gearbeitet hat.⁷

6 Als kriegsgeschichtliche Darstellungen siehe etwa Howard 1981; McNeill 1984; van Creveld 1989; Keegan 1995; stärker soziologisch orientiert und sehr informativ auch Heins/Warburg 2004.

7 Die Einteilung in sehr wenige Strukturtypen verteidigt in einem ganz anderen Theoriekontext auch Kenneth Waltz, der beim Blick auf ein sehr viel engeres Gegenstandsfeld (internationales System) zur Unterscheidung der Strukturtypen Anarchie und Hierarchie gelangt. (Und es fällt auf, dass diese der Unterscheidung von Segmentierung und Stratifikation bemerkenswert ähnlich ist; es scheint tatsächlich nur wenige basale Prinzipien des Systemaufbaus zu geben.) Sein Argument lautet: »Increasing the number of categories would bring the classification of societies closer to reality. But that would be to move away from a theory claiming explanatory power to a less theoretical system promising greater descriptive accuracy. [...] What does one gain by insisting on two types when admitting three or four would still be to simplify boldly? One gains clarity and economy of concepts.

Weniger gut durchdacht und theoretisch abgesichert ist die Blickbeschränkung, die dadurch entsteht, dass überwiegend gesellschaftliche Strukturbedingungen und Begleiterscheinungen von Kriegen in den Blick genommen werden und das direkte Kriegsgeschehen selbst – das Geschehen auf dem Schlachtfeld, in den Schützengräben beziehungsweise an den Joysticks von Drohnen, damit auch Fragen der militärischen Taktik und Strategie – weitgehend ausgeklammert bleibt. Es handelt sich gewissermaßen um eine Kriegssoziologie, die am Krieg vorbeiabstrahiert.⁸ Dies hängt auch damit zusammen, dass der Begriff des Konflikts in den folgenden Analysen nicht sehr prominent platziert ist und jedenfalls nicht die Hauptlast der Analyse trägt. Wie oben bereits gesagt, steht im Zentrum des Interesses nicht die Formungskraft und Eigendynamik von (kriegerischen) Konflikten, sondern die Entsprechung zu basalen Gesellschaftsstrukturen. Konfliktsoziologische Überlegungen werden nur gelegentlich herangezogen (etwa im dritten Kapitel mit Überlegungen zur Expansionstendenz von Konflikten und im vierten Kapitel mit Überlegungen zur Beendungsproblematik), während der Kern der Fragestellung nicht konflikttheoretisch, sondern differenzierungstheoretisch angelegt ist. Diese Schwäche könnte vielleicht durch weitere Arbeit behoben werden, was jedoch in den folgenden Kapiteln nicht geleistet wird und worauf ausdrücklich hingewiesen werden soll, um falsche Erwartungen zu zerstreuen und Enttäuschungen vorzubeugen.

Weiter konzentriert sich die Analyse tendenziell auf die Kernzone der modernen Gesellschaft mit voll entfalteter funktionaler Differenzierung, periphere Zonen werden nicht gleichermaßen prominent behandelt. Natürlich wird reflektiert, dass der überwiegende Teil der Kriege seit 1945 in der Zweiten und Dritten Welt stattfindet (nach Berechnungen der AKUF (2009) mehr als 90 Prozent), und die entsprechenden Kriegsformen wie »low-intensity wars«, »Neue Kriege« und »asymmetrische Kriege« werden ausführlich diskutiert. Allerdings wird etwa die Frage nach dem Verhältnis zwischen ziviler Politik und Militär sowie nach typischen Inklusions- und Rollenkombinationsproblemen vor allem für die Verhältnisse in entwickel-

A new concept should be introduced only to cover matters that existing concepts do not reach. If some societies are neither anarchic nor hierarchic, if their structures are defined by some third ordering principle, then we would have to define a third system. All societies are mixed. Elements in them represent both of the ordering principles. That does not mean that some societies are ordered according to a third principle.« (Waltz 1979: 115)

8 So hat es der Betreuer der Arbeit, André Kieserling, einmal formuliert (mündliche Kommunikation).

ten Staaten gestellt, und auch die erwähnten peripheren Kriege werden überproportional stark aus der Sicht westlicher Staaten und Militärorganisationen betrachtet und weniger stark aus der Sicht lokaler Akteure. Ein gewisser eurozentrischer Bias ist insofern vorhanden, und entsprechend werden auch »klassische« zwischenstaatliche Kriege, insbesondere totale Kriege, durchaus noch ernst genommen und nehmen teilweise einen breiten Raum in der Analyse ein, obwohl sie aus dem aktuellen Kriegsgeschehen fast vollständig verschwunden sind.

Was ist ein Krieg?

Im verbleibenden Teil der Einleitung soll ein Kriegsbegriff vorgestellt werden, der zu dem skizzierten Projekt einer gesellschaftstheoretisch orientierten Kriegssoziologie passt. Die gebräuchlichste Kriegsdefinition besagt, dass Krieg eine bewaffnete und organisierte Auseinandersetzung zwischen Staaten oder mit Beteiligung mindestens eines Staates ist (s. statt anderer Shaw 1991: 10; Gantzel 1997; 2000: 299f.). Diesem Definitionskern werden meist einschränkende Elemente hinzugefügt, um Ereignisse wie kurze Grenzscharmützel, Niederschlagung interner Unruhen oder auch bloße Verbrechensbekämpfung aus dem Anwendungsbereich auszuschließen, da diese zwar ebenfalls staatliche Gewaltanwendung beinhalten, aber offensichtlich nicht das mit »Krieg« gemeinte Format erreichen (zu diesem Problem etwa Small/Singer 1982: 204ff.). Man kann diese Einschränkung entweder mit verbalen und dehnbaren Formulierungen wie »gewisse Größenordnung« oder »gewisse Kontinuität« abdecken,⁹ oder man kann sie eindeutig und quantitativ operationalisieren, indem man eine erforderliche Mindestzahl der beteiligten Truppen, der angefallenen Toten oder auch eine Mindestdauer der Kampfhandlungen spezifiziert (verwendet werden etwa die Grenzen »mindestens 1.000 Tote« und »mindestens 317 Tote«). Dieser Definitionsansatz ist aber für Zwecke der vorliegenden Untersuchung zu eng, da er nur auf Gesellschaften mit ausgebildeter Staatlichkeit anwendbar ist und mithin einen breiten Bereich von Gesellschaften von vornherein ausschließt (so auch Lang 1972: 133f.; van Creveld 1998: 95).

⁹ In diesem Stil etwa die Kriegsdefinition der AKUF, abrufbar unter www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Def. (16.01.2012).

Auf der anderen Seite finden sich gelegentlich extrem breite Kriegsdefinitionen, die auch Ehe»kriege«, Preis»kriege« u.ä. einschließen, mithin alle möglichen Konflikte, die mit Gewalt, Waffen und politischer Autorität gar nichts mehr zu tun haben. So definiert etwa der Psychologe Fritz Simon Krieg als »ein charakteristisches Kommunikationsmuster [...], bei dem die beteiligten Parteien ihre Existenz riskieren [...] [u]nabhängig davon, ob es sich um den Kampf Nation gegen Nation, Kolonialtruppen gegen Freiheitskämpfer, Firma gegen Firma, Held versus Bösewicht oder Ehepartner gegen Ehepartner handelt« (Simon 2004: 17). Dies scheint nun aber eine exzessiv breite Kriegsdefinition zu sein, die sich nicht mehr gegenüber rein metaphorischen Verwendungen des Kriegsbegriffs abgrenzen kann. Soweit dermaßen weit gezogene Vergleiche beabsichtigt sind, würde es vermutlich genügen, dies unter dem Begriff des Konfliktes zu tun.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es eine Definition von Krieg, die vor allem von Ethnologen und Anthropologen gelegentlich verwendet wird und die Nachteile beider Strategien vermeidet. Ihr zufolge ist Krieg ein kollektives und organisiertes¹⁰ Kampfgeschehen, in dem Gewalt ausgeübt wird und Menschen getötet werden, ohne dass dies als Mord betrachtet wird. Anders gesagt geht es um Situationen mit legitimer, sozial sanktionierter Tötung von Menschen.¹¹ So schreibt etwa Margaret Mead (1968: 215): »I shall consider together all forms of warfare in which defined groups engage in purposeful, organized and socially sanctioned combat involving killing each other. I will not introduce any distinctions between primitive warfare and warfare in states [...], between warfare among sub-units of a society, such as so-called banditry, or vendetta [...], guerrilla warfare [...] or gangland warfare [...]. Warfare exists if the conflict is organized and socially sanctioned and the killing is not regarded as murder.« Zum selben Schluss kommt nach Sichtung der Literaturlage auch der Militärsoziologe Bernard Boene (1990: 27): »the definition [of war] boils down to the triad *violence + organization + legitimacy*«.

10 Der Begriff »organisiert« darf dabei nicht im üblichen soziologischen Sinn, d.h. nicht im Sinn von formaler Organisation verstanden werden, sonst würde man auf dasselbe Problem stoßen wie eben beim Begriff des Staates: dass es nicht zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften formale Organisationen gibt. Gemeint ist eher etwas wie »planvoll«, »überlegt«, »wohlvorbereitet«.

11 Hier lässt sich dann wieder die Frage stellen, wie Kriege von bloßer staatlicher Gewaltausübung etwa im Rahmen der Verbrechensbekämpfung abzugrenzen sind; die erforderliche Zweiseitigkeit und Aufgeheiztheit der Sache wird gleich noch diskutiert. Vgl. allgemein zu sanktionierter und nicht-sanktionierter Gewalt auch Forsberg 2001; ein Legitimitätsbegriff, der dazu passt, wird etwa von Luhmann (1969: 27ff.; 2010: 95ff.) erläutert.

Diese Definition ist ausreichend breit für vergleichende gesellschaftstheoretische Untersuchungen und trotzdem nicht uferlos, sondern einigermaßen trennscharf. Sie erzeugt allerdings bei näherem Hinsehen eigene Unschärfen und Ambivalenzen, insbesondere in Bezug auf die Frage, *in wessen Augen* die durchgeführten Tötungsakte Legitimität besitzen müssen: nur in den Augen derjenigen Kriegspartei, auf deren Konto sie gehen, oder auch in den Augen der je anderen Partei? Genügt also eine auf die jeweilige Gruppe beschränkte, nur für die eigene Seite gültige Legitimität, oder muss es sich um eine übergreifende, auch reziprok zugestandene Legitimität handeln? In einem prototypischen, symmetrischen Krieg ist die Legitimität der vorgenommenen Tötungen – d.h. der Verzicht auf ihre Einstufung als Mord – über beide Seiten hinweg und auch wechselseitig anerkannt, was daran zu erkennen ist, dass auch den Kämpfern der jeweiligen Gegenseite ihre Beteiligung an Tötungen nicht als Mord zur Last gelegt und entsprechend strafrechtlich verfolgt wird.¹² Soldaten sind keine Mörder – auch wenn manche im Anschluss an Kurt Tucholsky das Gegenteil behaupten.

Es gibt aber nicht selten auch gewaltsame kollektive Auseinandersetzungen, in denen mindestens eine Partei die Legitimität der Kampfhandlungen und speziell der Tötungsakte der Gegenseite bestreitet. Dies ist regelmäßig der Fall in Bürgerkriegen, in denen ein Staat sich irregulären Kriegstruppen (Partisanen, Guerrillas, Milizkämpfern o.ä.) gegenüber sieht und diese nicht als legitimen Kriegsgegner anerkennt, sondern tatsächlich als eine Zusammenrottung bloßer Mörder und »krimineller Elemente« behandelt sehen will. Die Lage bei Rebellionen sowie Bauern- oder Sklavenaufständen in vormodernen Gesellschaften ist vermutlich ähnlich zu beschreiben. Wie sind nun solche »Kriege« (wenn es denn welche sind) mit nicht wechselseitig abgesicherter Legitimität der Tötungen zu beurteilen? Sollen diese als Kriege betrachtet werden oder nicht?¹³

12 Bei Wright (1949: 8) ist diese Symmetrie von vornherein Bestandteil der Kriegsdefinition: »war will be considered the *legal condition* which *equally* permits two or more *hostile groups* to carry on a *conflict* by *armed force*.«

13 Man könnte sich natürlich aus der Affäre ziehen, indem man – wie auch der alltägliche Sprachgebrauch – von »Bürgerkriegen« spricht und mit der Wahl dieses Begriffs in genialischer Weise offenlässt, ob es sich dabei um einen *Subtyp* von Krieg oder um eine *Alternative* zu Krieg handelt, ob der Ausdruck »Kriege und Bürgerkriege« also nach dem Schema »Menschen und Frauen« oder »Männer und Frauen« zu lesen ist. Diese Strategie ist zur abkürzenden Bezeichnung und Verständigung über das Gemeinte praktisch, trägt aber zur Klärung des begrifflichen Problems nichts bei.

Die erwähnten Kriegsdefinitionen bleiben interessanterweise in genau diesem Punkt unentschlossen oder uneinig. Mead etwa widerspricht sich hier innerhalb weniger Zeilen selbst. Einerseits nennt sie als Komponenten des Kriegsbegriffs »organization for the purpose of a combat involving the intention to kill and the willingness to die, social sanction of this behavior, which distinguishes it from murder of members of its own group, and *the agreement between the groups involved on the legitimacy of the fighting with intent to kill*« (Mead 1968: 215f., Herv. hinzugefügt). Andererseits erklärt sie unmittelbar vor der gerade zitierten Passage, der Kampf zwischen einer etablierten Staatsmacht und einem »Verräter« oder »Gesetzlosen« sei dann ein Fall von Krieg, »if the traitor or outlaw [...] belong[s] to an organized group which regards his activities as *having legitimacy within the sub-system which he represents*« (ebd., Herv. hinzugefügt). Auch die sonstige Literatur, die denselben Kriegsbegriff verwendet, ist in diesem Punkt nicht einig. Ich nenne nur zwei beispielhafte Stellungnahmen: »When one defines war as it is both among savages [...] and as it is in England, the common core is that war is homicide that is rewarded with unquestioned acclaim and gratitude *by one's fellows*.« (Benedict 1959: 370f., Herv. hinzugefügt). – »[War] is normally symmetrical, or reciprocal: to talk of war presupposes the *recognition, implicit at least, of the enemy's own sociopolitical legitimacy*« (Boene 1990: 28, Herv. hinzugefügt).

Diese Unschärfe ist also endemisch und nicht leicht zu beseitigen. Ich möchte aber argumentieren, dass es sich hier um eine gut platzierte und produktive Unschärfe handelt, die den Blick des Kriegsforschers genau auf die entscheidenden Variablen des Geschehens lenkt und deshalb eher nützlich als schädlich ist. Sie ist in jedem Fall viel fruchtbarer als die Unschärfen der quantitativ arbeitenden Kriegsdefinitionen, die darin bestehen zu entscheiden, ab wie vielen Toten oder wie vielen beteiligten Truppen ein bewaffneter Zusammenstoß ein Krieg ist, was dann nur noch durch willkürliche Festlegung geschehen kann (Gantzel 1972: 85f.; Weede 1975: 15ff.). Ein weiteres Problem des quantitativen Ansatzes neben dem Willkürproblem liegt in dem Umstand, dass die Zahl der Kriegstoten oft nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, weil die angegebenen Zahlen stark schwanken und eine unabhängige Überprüfung nicht möglich ist. Im Vergleich zu diesen Problemen sind die Probleme und Ambivalenzen der am Legitimitätsbegriff ansetzenden Kriegsdefinition geradezu ein Muster an Gegenstandsadäquanz.

Denn ein Krieg, in dem die Legitimität (mindestens) einer Seite von der anderen bestritten wird, unterscheidet sich *real* deutlich von einem Krieg

mit wechselseitig zugestanderener, symmetrischer Legitimität. Es herrschen dann andere Bedingungen des Kampfes vor, indem etwa von der dominanten beziehungsweise etablierten Seite die Anwendung des Kriegsrechts oder sonstiger normativer Regularien zur Hegung des Kriegsgeschehens verweigert wird, sowohl mit Blick auf die Behandlung von Kombattanten als auch von Non-Kombattanten, oder indem die Aufnahme von Verhandlungen erschwert ist, weil keine voll legitimierte Verhandlungspartner zur Verfügung stehen. Der Kriegscharakter des Geschehens ist in solchen Fällen gewissermaßen real umstritten: Die eine Seite argumentiert, dass es sich nicht um einen Krieg, sondern um vorübergehende Unruhen und Turbulenzen handle, die deshalb auch ausschließlich »innere Angelegenheit« des sie beherbergenden Staates seien; die andere Seite argumentiert, dass man sich in einem Krieg befinde, und nimmt für sich ebenfalls den Status des Kriegführenden mit legitimerweise gewaltsam verfolgten Zielen in Anspruch. Es ist dann eine offene Frage, wer mit seiner Auffassung bei Dritten, etwa der Weltöffentlichkeit und der »internationalen Gemeinschaft«, mehr Gehör findet, und davon kann dann auch der Verlauf des Krieges (oder Nicht-Krieges) durch größere oder geringere Außenunterstützung mit abhängen.¹⁴

Man könnte argumentieren, dass in einer solchen Situation eine eindeutige definitorische Klärung von seiten des beobachtenden Sozialwissenschaftlers weder möglich noch nötig ist. Die Lage ist dann eben im Gegenstandsbereich unklar und umstritten, und jede Entscheidung für oder gegen eine Anwendung des Kriegsbegriffs würde nur auf eine Parteinahme für die eine oder andere Seite hinauslaufen. Wenn man aber auch in solchen Fällen noch eine eigene Entscheidung treffen will, könnte man möglicherweise mit dem folgenden, einfachen und doch einigermaßen präzisen Operationalisierungskriterium arbeiten: Um Krieg handelt es sich dann, wenn die Zahl der getöteten Mitglieder der Gegenseite tendenziell über- und nicht etwa untertrieben wird.¹⁵ Der normalerweise nur als methodologisches Problem no-

¹⁴ Eine interessante Variante bieten Bandenkriege etwa zwischen verfeindeten Mafiabanden.

Hier scheint die Konstellation in vielen Fällen die zu sein, dass die wechselseitige Tötung von Mitgliedern zwar von beiden Gruppen und auch jeweils reziprok als legitimes Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert ist, dass es aber relevante Dritte gibt – die allgemeine Öffentlichkeit und die zuständige Staatsgewalt –, die das anders sehen. Das Merkmal, dass »Tötung nicht als Mord angesehen wird«, ist mithin nicht voll und uneingeschränkt gegeben, und die beteiligten Banden stellen sich ja auch strukturell auf die fehlende übergreifende Legitimität ihres Handelns ein, etwa durch klandestine Operationsweise und Verzicht auf offenes Waffentragen.

¹⁵ Komplementär, aber meist weniger ausgeprägt gilt dann auch: wenn die Zahl der getöte-

tierte Umstand, dass zuverlässige Zahlen über Kriegstote nicht zu erlangen sind, weil auf beiden Seiten verschiedene Angaben dazu gemacht werden (so etwa Richardson 1960: 8), kann mithin in substantielle Erkenntnisse überführt und als erstrangiges Indiz für den Charakter des sozialen Geschehens selbst betrachtet werden.

Eine Konfliktpartei, die auf die von ihr getöteten Gegner stolz ist und deren Zahl im Zweifelsfall zu hoch angibt, bewegt sich offensichtlich im Kontext eines voll entfalteten Konfliktes mit legitimierter Tötung. Hohe Opferzahlen dienen dann als Zeichen des eigenen Erfolgs, sie erzeugen kein Rechtfertigungsproblem, sondern können vielmehr dazu benutzt werden, Moral und Durchhaltewillen auf der eigenen Seite zu befördern oder Unterstützer von außen zu gewinnen, indem man sie auf die Seite des mutmaßlichen Siegers zieht. Dagegen lässt eine Konfliktpartei, die die entsprechenden Zahlen herunterspielt, erkennen, dass die Tötungsakte als solche nicht unproblematisch sind, dass man den Konflikt lieber nicht führen möchte oder jedenfalls nicht auf tödlich-gewaltsamen Eskalationsstufen. Dies ist typischerweise der Fall bei der Bekämpfung innerstaatlicher Unruhen und Revolten, wo ein Rückgriff auf tödliche Gewalt kein Erfolgsausweis, sondern eher ein Symptom des Versagens oder Schlecht-Funktionierens des staatlichen Macht- und Gewaltapparates oder jedenfalls ein Indiz für die Massivität des Problem ist. Bevorzugt würde es hier, wenn das Ziel – Behauptung des staatlichen Gewaltmonopols, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung – ohne akute Gewaltanwendung oder jedenfalls ohne Tote erreicht werden könnte. Das heißt nicht, dass solche Tötungen von seiten staatlicher Gewaltspezialisten dann nicht legitim sein können; wenn sie nach rechtsstaatlichen oder sonst in der Gesellschaft gültigen Grundsätzen geschehen, sind sie legitim und auch legal im Sinne der Nicht-Einstufung als Mord. Aber sie werden gewissermaßen nur billigend in Kauf genommen, nicht als direkter Schritt zum Erfolg bewusst angestrebt und stolz zur Schau gestellt.

Die Angaben über die angefallenen Toten werden mithin in den Konflikt hineingezogen und nach Maßgabe der Konfliktstruktur eingefärbt beziehungsweise angepasst, aber eben unterschiedlich angepasst je nachdem, ob es sich um einen Konflikt mit ausreichend abgesicherter legitimer Tötung (Krieg) handelt oder nicht. Gestützt auf diese Überlegung kann man dann feststellen, dass auch in vielen der vorher angesprochenen Bürgerkriege, in

ten Mitglieder der eigenen Seite tendenziell unter- und nicht übertrieben wird. Auf dieser Seite wird typischerweise weniger verzerrt, weil die Möglichkeiten der Überprüfung durch die eigene Öffentlichkeit besser sind.

denen der involvierte Staat den Aufständischen die Legitimität bestreitet, dennoch die basale Struktur einer Kriegssituation vorliegt, insofern auch hier die typische Struktur von Opfermeldungen zu finden ist: Die Rebellen melden 25 getötete Regierungssoldaten und vier getötete Rebellen, die Regierung meldet 20 getötete Rebellen und einen verletzten Soldaten. In solchen Fällen kann man dann begründet von einem Krieg sprechen – und zwar auch dann, wenn die Regierung den Rebellen in ihren rhetorischen Stellungnahmen die Anerkennung als legitime Kriegspartei verweigert. Die offiziell verweigerte Anerkennung des Gegners wird dann in Form der Handhabung von Opferzahlen nachgeliefert. Auch kommt es gelegentlich vor, dass die Regierung Rebellen, die die Waffen niederlegen, eine Amnestie und Straffreiheit für begangene Gewaltakte anbietet, was ebenfalls auf eine pragmatische Anerkennung als Kriegspartei und legitimen Gewaltakteur hinausläuft.

Solange dagegen die umgekehrte Asymmetrie in den Opfermeldungen vorliegt – die Regierung spricht von zwei getöteten und 20 verletzten Demonstranten, Oppositionssprecher und Krankenhäuser melden eine sehr viel höhere Zahl von Toten –, müsste man urteilen, dass es sich hier (noch) nicht um einen Krieg, sondern um die bloße Niederschlagung von Protesten und Unruhen handelt. In solchen Fällen hat dann vermutlich auch umgekehrt die nicht-staatliche, aufständische Seite ein Interesse daran, die Zahl der getöteten Mitglieder der Gegenseite – hier: Vertretern der Staatsgewalt – kleinzuhalten, jedenfalls soweit keine Eskalation zum Bürgerkrieg beabsichtigt ist. Tote Polizisten oder Militärs ergeben sich meist eher als Folge unüberlegten oder unkontrolliert ausufernden Verhaltens, sie verschlechtern tendenziell der eigenen Konfliktlage und bedeuten in jedem Fall einen Hinweis auf kommende Probleme (verschärfte Repression). Das Kriterium der Über- vs. Untertreibung von Opferzahlen funktioniert hauptsächlich bei der Abgrenzung von Kriegen gegenüber inneren Unruhen. Es kann aber möglicherweise auch zur Abgrenzung gegenüber bloßen Grenzscharmützeln oder sonstigen »militarisierten Konflikten« unterhalb der Kriegsschwelle (Caprioli/Trumbore 2006) eingesetzt werden, bei denen eine hohe Zahl von Todesopfern auf der Gegenseite ebenfalls tendenziell unwillkommen ist und jedenfalls nicht als Erfolg gefeiert wird (wiederum: soweit nicht ohnehin ein Kriegsbeginn intendiert ist), weil eine hohe Zahl die Eskalation des Konfliktes wahrscheinlich macht und die eigene Position gegenüber der Gegenseite eher verschlechtert als verbessert.

Nur rein theoretisch stößt man mit dem Kriterium »Über- oder Unter-treibung von Opferzahlen« auf das Problem, dass dafür die tatsächliche Zahl der Getöteten bekannt sein müsste, um sie mit den von den verschiedenen Seiten gemeldeten Zahlen vergleichen werden zu können. In der Praxis ist so strenges Verfahren gar nicht nötig, vielmehr haben Beobachter der sozialen Realität normalerweise einen ausreichend entwickelten Sinn dafür, welche Richtung der Verzerrung vorherrscht und in welche Richtung genannte Zahlen bei Bedarf korrigiert werden müssen. Dafür genügt es, die Meldungen der einen Seite mit den Meldungen der anderen Seite über dasselbe Ereignis zu vergleichen. Man bleibt zwar auch mit diesem Kriterium in gewissem Maß abhängig von der Auffassung und Darstellungsweise der Konfliktparteien selbst, hat kein vollkommen unabhängiges, wissenschaftlich-»objektives« Kriterium für die Frage, was ein Krieg ist und was nicht. Immerhin handelt es sich aber um ein Kriterium, das weniger stark unter der bewussten semantischen Kontrolle der Konfliktparteien steht als die offiziellen Verlautbarungen über die Natur und (fehlende) Legitimität des Gegners.

Ein größeres Problem ist, dass dieses Kriterium dann nicht mehr reibungslos funktioniert, wenn sich unter den toten Mitgliedern der Gegenseite Kombattanten und Non-Kombattanten mischen. Die Tendenz zur Übertreibung der Totenzahlen im Krieg gilt nur für getötete *Kämpfer*, da nur diese an der Reziprozität der Tötungsakte teilhaben und damit legitime Ziele sind. Dagegen ist die Tötung von Non-Kombattanten nichts, was man stolz zur Schau stellen würde, vielmehr ist – jedenfalls in der Jetztzeit¹⁶ – die Tötung oder sonstige Viktimisierung von Non-Kombattanten eins der größten Legitimitäts- und Akzeptanzprobleme kriegführender Akteure, sie führt zu einem drastischen Schwinden öffentlicher Unterstützung und wird deshalb in der Regel verschleiert und in zahlenmäßigen Angaben möglichst wegsuggeriert. Es kann deshalb dazu kommen, dass in den Verlautbarungen von Kriegsparteien gleichzeitig die Zahl der getöteten Kombattanten übertrieben und die Zahl der getöteten Non-Kombattanten untertrieben wird, oder dass angefallene Tote entsprechend umdeklariert werden,¹⁷ oder dass Kriegs-

16 In früheren Epochen konnte man u.U. noch stolz berichten, dass man eine Stadt dem Erdboden gleichgemacht, alle Bewohner getötet oder vertrieben habe, was eine erhebliche Viktimisierung auch von Non-Kombattanten impliziert; und ansonsten waren getötete Non-Kombattanten nach geltenden gesellschaftlichen Standards oft einfach mehr oder weniger irrelevant. Vgl. dazu auch unten Kapitel 3.

17 Bei wenig entwickelten, jungen Unruhen und Aufständen gibt es ohnehin meist keine klaren Kombattanten, die Unterscheidung zwischen »Kämpfern« und bloßen Demonstranten und protestierenden Bürgern ist hier prinzipiell unmöglich (und nicht nur praktisch

parteien überhaupt darauf verzichten, Zahlen über Tote auf der Gegenseite bekanntzugeben – wie es die USA im jüngsten Irak- und Afghanistankrieg zeitweise getan haben (Boettcher/Cobb 2006; Phillips 2009).

Das Kriterium des Umgangs mit Opferzahlen büßt damit an Eindeutigkeit ein – umso mehr, je mehr das Gros der Kriegstoten von Zivilisten gestellt wird –, ohne deshalb seine innere Stringenz und Logik zu verlieren. Der Beobachter braucht dann nur etwas mehr Sorgfalt und Augenmaß, aber die innere Logik der Sache scheint zwingend zu sein. So konnten auch die Amerikaner im angesprochenen Fall die Haltung des »we don't do body counts« nicht lange durchhalten, vielmehr sahen sie sich irgendwann genötigt, zum Ausweis des eigenen Erfolgs auf die getöteten Gegner zu verweisen, und geben seither die üblichen »optimistischen« Schätzungen getöteter Taliban – bei gleichzeitigem Herunterkorrigieren der Zahl »kollateral« getroffener Zivilisten – bekannt. Historischer Hintergrund dieses Verhaltens ist der Vietnamkrieg, in dem »body counts« als bevorzugtes Erfolgsmaß verwendet wurden mit der Folge, dass unterschiedslos möglichst viele Personen für Eintrag in die Erfolgsstatistik getötet wurden, da jeder tote (Süd-)Vietnamese als toter Vietcong gezählt wurde. Diesen Effekt wollte man in späteren Kriegen vermeiden. Man sieht an dieser Episode, wie viele und wie fatale Schleifen die Kriegsgeschichte schon um das Kriterium »Zahl der getöteten Gegner« gezogen hat.

Schließlich muss noch ein weiterer, bisher gar nicht erwähnter Aspekt einer brauchbaren Kriegsdefinition angesprochen werden. Impliziert in praktisch allen Definitionen, aber oft nicht ausreichend expliziert und versteckt in Begriffen wie »Kampf«, »Konflikt«, »Auseinandersetzung«, ist die Annahme, dass Krieg wenn schon nicht unbedingt ein symmetrisches, so doch in gewissem Maß ein *zweiseitiges*, von Wechselseitigkeit der Gewaltausübung geprägtes Geschehen ist. Dies ist notwendig, um Geschehnisse wie Völkermorde oder ethnische und religiöse »Säuberungen« auszuschließen, die sich nach allgemeiner Auffassung nicht als Krieg qualifizieren, auch wenn es sich ebenfalls um großformatige und organisierte Tötungsakte handelt. Solche einseitigen Gewaltakte können möglicherweise auch über das Legitimitätskriterium ausgeschlossen werden, da belastbare Legitimität für solche Unternehmungen in der Regel nicht zu beschaffen ist und auch nach oben verzerrte, stolz-euphorische Opfermeldungen nicht zu den typischen Kennzeichen

schwierig). Typischerweise bemüht sich die Regierung dann, eine Gruppe von »militanten«, »subversiven« (meist: »aus dem Ausland gesteuerten«) Kämpfern zu konstruieren, der sie eventuelle Tote zuordnen kann.

von Völkermorden gehören. Einfacher ist es aber darauf hinzuweisen, dass in solchen Fällen schlicht kein ausreichendes Maß an *Kampf*geschehen vorliegt, d.h. kein ausreichendes Maß an beidseitig bewaffnetem, organisiertem und tötungsbereitem Vorgehen, das eine kampfförmige Konfrontation der beteiligten Seiten ergeben würde. Es ist sogar gesagt worden, dass auch dann, wenn eine solchermaßen einseitig angegriffene Seite von einer dritten Partei Unterstützung erfährt und diese nun ihrerseits einseitig Angriffe gegen den ursprünglichen Angreifer durchführt (wie bei der Vertreibung von Albanern aus dem Kosovo durch serbische Truppen und den darauf folgenden Luftangriffen der NATO gegen Serbien im Jahr 1999), ohne dass diese beiden je einseitigen Gewaltakte sich zu einem wechselseitig-konfrontativen Kampfgeschehen zusammenfügen, die Anwendbarkeit des Kriegsbegriffs zweifelhaft ist. »In a sense, these simultaneous one-sided conflicts are hardly adequately described with the label *war*.« (Keen 2000a: 33)¹⁸

Das Kriterium einer hinreichenden Wechselseitigkeit schließt im Übrigen auch den Terrorismus, und ebenso den »Krieg gegen den Terrorismus«, aus dem Anwendungsbereich des Kriegsbegriffs weitgehend aus. Terrorismus wird üblicherweise definiert als Gewaltausübung, die vor allem über ihre psychischen beziehungsweise sozial generalisierten Folgen, insbesondere Angst und Verunsicherung, und weniger über ihre unmittelbaren physischen Wirkungen ihr Ziel zu erreichen sucht (Münkler 2004: 175ff.; Tilly 2004: 9; Shaw 2005: 64f.). Das hierfür erforderliche hoch konspirative Vorgehen und die große Seltenheit und Punktualität tatsächlicher Gewaltakte haben zur Folge, dass ein Kampfgeschehen im eben explizierten Sinn normalerweise nicht zu beobachten ist. Terroranschläge als solche sind kein Krieg, denn es fehlt die direkte Konfrontation von bewaffneten Kämpfern zweier Seiten (Chojnacki 2007: 493). Und der »Krieg gegen den Terror« ist über weite Strecken entweder ein Ersatzkrieg gegen Ersatzgegner – etwa gegen mutmaßlich terrorfreundliche Staaten oder Regierungen – oder aber eine bloße Verschärfung von Polizeimaßnahmen, Überwachungsvorschriften usw., mithin ein Konglomerat polizeilich-bürokratischer und nicht kriegergeschweltsamer Maßnahmen.

Natürlich gibt es hier Grauzonen und reale Übergangsbereiche. Terroristische Anschläge können ein *Element* irregulär geführter Kriege sein, aber

18 Im Kosovo-Fall gab es ja auch noch auf dem Boden Auseinandersetzungen zwischen serbischen und kosovarischen (regulären, irregulären und paramilitärischen) Truppen, die die Bezeichnung als Krieg rechtfertigen. Das allgemeine Problem ist aber trotzdem ernst zu nehmen.

als »Krieg« sollte das Ganze nur dann gewertet werden, wenn solche Anschläge eingebettet sind in ein breiteres Konflikt- und Kampfgeschehen, bei dem wenigstens ansatzweise auf beiden Seiten Kampftruppen identifizierbar und aufspürbar sind und diese wenigstens gelegentlich sichtbar als Kämpfer auftreten (z.B. Waffen offen tragen) und in direkte, wechselseitige Gefechte miteinander verwickelt werden. Auch kann natürlich der »Krieg gegen den Terror« als rhetorische Figur erfolgreich sein und die für Kriege typischen Loyalisierungs- und Polarisierungseffekte erzielen. Aber nüchtern und mit der hier erläuterten Definition betrachtet muss man doch zu dem Schluss kommen, dass es sich hier nur in einem sehr fraglichen Sinn um einen Krieg (oder jedenfalls nicht um »den« Krieg gegen »den« Terrorismus) handelt, weil gegen Terroristen, selbst wenn man dies will, kein Krieg zu führen ist.

2. Der Ort von Krieg in der Gesellschaft

Krieg ist seiner Natur nach eine Sache, die auf große und kompakte soziale Einheiten zugerechnet wird. So kann man etwa davon sprechen, dass »Deutschland«, »die USA« oder »das Römische Reich« Krieg führe. In stärker abstrahierender und Eigennamen vermeidenden Manier kann man auch sagen, »eine Gesellschaft« führe Krieg. Solche Formulierungen entsprechen dem Charakter von Krieg als einer Tätigkeit, die die Fähigkeit zu kollektivem Handeln voraussetzt und mithin die Zurechnung auf ein relativ groß zugeschnittenes Kollektivsubjekt rechtfertigt. Dabei ist natürlich klar, dass niemals die ganze so angesprochene Einheit wirklich aktiv an Kriegführung beteiligt ist, sondern immer nur bestimmte Teile davon. Auf die Frage, *welche* Teile der Einheit denn die direkte, unmittelbare Kriegführung übernehmen, würde man wohl meist die Antwort erhalten: die bewaffneten Kampfverbände, die Truppen, usw.

Das ist nicht falsch, aber auch nicht sehr informativ, vielmehr fast tautologisch. An die Stelle dieser auch dem Alltagsverstand verfügbaren Dekomposition kann die Soziologie Überlegungen setzen, die von einer Theorie gesellschaftlicher Differenzierung aus gearbeitet sind und insofern einen höheren Elaborationsgrad sowie Anschlussfähigkeit an weitere soziologische Problemstellungen besitzen. Das Problem gesellschaftlicher Differenzierung beschäftigt die Soziologie seit ihren Anfängen, und sie hat zahlreiche fruchtbare und teils auch mehr oder weniger konsensuelle Einsichten dazu hervorgebracht. Dazu gehört insbesondere die Annahme einer mit der Moderne sich herausbildenden Trennung verschiedener Wertesphären, Felder, Teilsysteme (wie immer die Terminologie), die ihre je eigene Logik und Autonomie entwickeln, und im Zusammenhang damit die Annahme einer zunehmenden Differenzierung und Spezialisierung von Rollen mit der Konsequenz, dass jedes Individuum mehrere voneinander entkoppelte Rollen innehat und die Abstimmung der Rollen miteinander zum Problem wird. Dieser differenzierungstheoretische Strang soziologischer Analyse muss systematisch mit